

30. November 2011

von Isabel Garcia (GLP)
und Maleica Landolt (GLP)

Interpellation

In den letzten zwei Jahren hat sich der Stadtrat verschiedentlich mit dem Thema der Reorganisation der Schulbehörden (Schulkommissionen und Schulpflegen) auseinandergesetzt: Im Dezember 2009 wurde die in seinem Auftrag von der Beratungsfirma Ernst & Young erstellte Studie „Analyse der Behördenorganisation im Volksschulbereich“ veröffentlicht, im April 2011 reichte der Stadtrat seine Vernehmlassungsantwort zur Revision des kantonalen Gemeindegesetzes ein, das auch Neuerungen im Bereich der Organisation der Schulbehörden vorsieht, und im September 2011 äusserte sich der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements, Stadtrat Gerold Lauber, an einer Tagung der Städteinitiative Bildung zu diesem Fragenkomplex. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Stadtrat Gerold Lauber ist Co-Vizepräsident der Städteinitiative Bildung, einer Sektion des Schweizer Städteverbandes. Am 20. Januar 2012 sollen an der Jahrestagung der Städteinitiative Bildung des Schweizerischen Städteverbandes in St. Gallen Grundsätze für eine grundlegende Reorganisation der Schulbehörden (Schulkommissionen und Schulpflegen) erarbeitet werden. Welche Akteure (Funktionsbezeichnungen) des SSD werden an dieser Tagung teilnehmen und welche Grundpositionen gedenken sie in der geplanten Diskussion um die Behördenorganisation zu vertreten?
2. Stadtrat Gerold Lauber hat sich bereits am 9. September 2011 im Rahmen einer Medienkonferenz der Städteinitiative Bildung für eine Abschaffung der heute existierenden Schulkommissionen und Schulpflegen ausgesprochen. Diese Behördenmitglieder werden jedoch entweder vom Volk oder vom Gemeinderat gewählt. Eine Abschaffung tangiert also mindestens indirekt die Kompetenzen des Gemeinderates. Auf welcher Argumentationsgrundlage wird die Abschaffung dieser Schulbehörden gefordert? Wer soll nach Meinung des SSD in Zukunft die Aufsichtsfunktionen der Schulbehörden wahrnehmen?
3. Die üblicherweise nach parteipolitischem Proporz eingesetzten und gewählten Schulkommissions- und Schulpflegemitglieder sind eine Errungenschaft des liberalen Staates mit dem Ziel, die Identifikation/Verbindung sowie das Engagement der Bürgergesellschaft mit der Institution der Volksschule zu pflegen und zu stärken. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass eine grundlegende politische Entscheidung wie jene der Abschaffung der bestehenden Schulkommissionen/Schulpflegen und eine so genannte

"Professionalisierung" offen und transparent diskutiert werden muss? Ist der Stadtrat gewillt, diese Diskussion mit konkreten Massnahmen zu fördern?



M. Landolt